

Änderungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

zur Beratung des Antrags der Abgeordneten Müller (Düsseldorf), Frau Fuchs (Köln), Jaunich, Frau Dr. Czempel, Delorme, Fiebig, Gilges, Hauck, Kastning, Frau Schmidt (Nürnberg), Sielaff und der Fraktion der SPD

— Drucksache 10/1155 —

Forderungen des Schlußberichtes der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“

zur Beratung des Antrags der Abgeordneten Kroll-Schlüter, Wissmann, Braun, Breuer, Sauer (Stuttgart) und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Eimer (Fürth), Frau Dr. Adam-Schwaetzer, Cronenberg (Arnsberg), Frau Seiler-Albring und der Fraktion der FDP

— Drucksache 10/1692 —

Lösungsvorschläge aus dem Schlußbericht der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Anträge – Drucksachen 10/1155, 10/1692 – erhalten folgende Fassung:

Forderungen des Schlußberichtes der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“

Am 26. Mai 1981 hat der Deutsche Bundestag die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ beschlossen, die ihre Arbeit im Januar 1983 abgeschlossen hat. Das Ergebnis wurde in der Drucksache 9/2390 veröffentlicht. Mit diesem Bericht werden „Möglichkeiten für eine Verbesserung des Verständnisses zwischen den Generationen, zwischen Jugend und Politik sowie für eine Förderung von Demokratie- und Staatsverständnis der jungen Menschen“ aufgezeigt, um die „Lage der Jugend zu verbessern und Spannungen abzubauen, die auf unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Lebenseinstellungen beruhen“. Die Kommission appelliert an die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft, die Anliegen von Jugendlichen aufmerksamer und einfühlsamer aufzunehmen. Die Empfehlungen der Enquete-Kommission sollen einen Beitrag dazu leisten, „die Kluft zwischen Staat, Gesellschaft und Protestjugend zu überwinden“, zumal die vorliegenden Untersuchungsergebnisse und Erfah-

rungsberichte deutlich machen, daß es „in der Sache weniger um Probleme der Jugend als um solche der gesamten Gesellschaft und um die Folgen einer verbreiteten Sinn- und Orientierungskrise geht“.

Dazu trifft der Deutsche Bundestag gemäß dem Bericht der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ insbesondere folgende Feststellungen:

- Der Jugendprotest kann nicht als klassischer Generationskonflikt erklärt werden, sondern ist im wesentlichen als Reaktion auf ungelöste gesellschaftliche Probleme zu verstehen.
- Die Protestbewegung bezieht Angehörige aller Generationen ein und ist Ausdruck eines tiefgreifenden Wandels von Auffassungen und Einstellungen in weiten, über die Jugendlichen hinausgehenden Teilen der Gesellschaft.
- Durch die Verringerung des Gesprächs zwischen den Generationen und den Verlust an Nachbarschaftlichkeit haben sich die Konflikte zwischen Jugendlichen und ihrer sozialen Umwelt verschärft. Manche fragwürdige Aktionsform des Jugendprotestes ist dabei als Reaktion auf den Verlust von Kommunikation zu sehen.
- Die übergroße Mehrheit der protestierenden Jugendlichen will nicht aus der Gesellschaft aussteigen, sondern in sie hineinwirken und fordert dazu nachdrücklich Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte.
- Eine wesentliche Ursache des Protestes ist die Angst, ob man in der Zukunft noch ein lebenswürdiges Dasein führen könne und ob die Welt in Zukunft für Menschen noch bewohnbar sei. Dabei wird befürchtet, daß heutige Entscheidungen der Verantwortung für die zukünftige Erhaltung menschenwürdiger Lebensbedingungen nicht gerecht werden. Hinzu kommen bei einzelnen soziale und berufliche Defizite, die das Gefühl der Perspektivlosigkeit noch verschärfen.
- Im Protest der Jugendlichen äußert sich auch ein „neuer Mangel“ durch unterdrückte Emotionalität, unzureichender persönlicher Geborgenheit und zu geringer Zuwendung in einer vielfach von Undurchschaubarkeit und Unpersönlichkeit geprägten modernen Industriegesellschaft mit dem Vorrang zweckbetonter Lebensweisen und den Zwängen zentralisierter und bürokratischer Lebensformen und allumfassender Institutionen.
- Das wachsende Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist ein Zeichen demokratischer Lebendigkeit. Politiker und Verwaltungen müssen fähig sein, Kritik und gewaltfreien Protest als fruchtbaren Beitrag zur demokratischen Willensbildung und Veränderung aufzufassen.
- Ein Antrieb ist der Versuch, eine ganzheitliche Sicht des Menschen gegen die moderne Zerstückelung des Lebens und der Menschen durchzusetzen, um die Entfaltung der Persönlichkeit in einem nach humanen und solidarischen Grundsätzen neu-

geordneten sozialen Leben, das Arbeit, Freizeit, sozial-kulturelle Betätigung und Selbstverwirklichung gleichrangig umfaßt, zu erreichen.

- Jugendliche lehnen Leistungen nicht schlechthin ab, zunehmend entscheidend ist aber, daß die Motivation von sinnerfüllten Arbeitszielen abhängt. Vielfach ist die Leistungsbewertung in unserer Gesellschaft fragwürdig.
- Von der übergroßen Mehrheit der protestierenden Jugendlichen wird nicht die pluralistische Demokratie, das Mehrheitsprinzip und die Notwendigkeit des Kompromisses abgelehnt, kritisiert wird vielfach jedoch eine Undurchschaubarkeit der politischen Entscheidungswege, Mangel an tatsächlicher Mitbestimmung, starker Einfluß wirtschaftlicher Interessen und Unfähigkeit zu zukunftsgerichtetem Handeln.
- Die Bereitschaft von Jugendlichen, Gewalt anzuwenden, wird in der Öffentlichkeit oft überschätzt und ist weit geringer, als sie durch die Darstellungen in der Öffentlichkeit erscheint. Gleichwohl zeigt sich in der Bereitschaft zur Gewaltanwendung kleiner Gruppen ein Verlust an politischer Kultur. Allerdings ist dies vielfach die Reaktion auf den mangelnden Willen oder die mangelnde Fähigkeit des Staates, auf Forderungen der Jugendlichen einzugehen. Deshalb muß staatliches Handeln einsichtig und nachvollziehbar sein und muß sich stets neu um Glaubwürdigkeit bemühen. Das Gewaltmonopol des Staates muß unbestritten bleiben, es muß allerdings nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verfahren werden.

Der Deutsche Bundestag und die darin vertretenen Parteien sehen es deshalb als ihre Aufgabe an, im Interesse der Festigung der Demokratie und der Bewältigung der gesellschaftspolitischen Herausforderungen den Weg der sozialen Reformen, des solidarischen kritischen Dialogs und der Integration der protestierenden Jugendlichen zu gehen. Dazu bieten die Forderungen des Enquete-Berichtes eine wertvolle Grundlage, auch wenn in Einzelbereichen darüber hinausgehende Forderungen bereits gestellt sind.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß zur Verbesserung der Lage der Jugend dringend weiteres gesetzgeberisches und politisches Handeln notwendig ist. Er stellt weiterhin fest, daß die Lage der Jugend zudem durch unterschiedliche Lebenserfahrungen von Mädchen und Jungen gekennzeichnet ist, wobei Mädchen immer noch deutlich geringere Chancen haben als Jungen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag bis zum 30. September 1984 zu berichten, welche Forderungen des Enquete-Berichts von ihr in gesetzgeberische Initiativen umgesetzt werden sollen. Soweit gesetzgeberische Initiativen aus der Sicht der Bundesregierung nicht angezeigt erscheinen, soll dem Deutschen Bundestag innerhalb dieser Frist berichtet werden, ob sie diese Forderungen auf andere Weise in politisches

Handeln umzusetzen gedenkt oder welche Forderungen sie grundsätzlich ablehnt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bei entsprechenden Maßnahmen und Gesetzesvorhaben auf die Empfehlungen des Schlußberichts der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ Bezug zu nehmen.

Bonn, den 29. Juni 1984

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Dr. Vogel und Fraktion

Mischnick und Fraktion